Nr. 182. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

**Bezugspreis:**
Wöchentlich 2.1.— Mk., monatl. 7.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 7.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 10.25 Mk., für das übrige Ausland 14.50 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 12.50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 9. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

# Die Verbündeten gegen Frankreich.

Der Spezialkorrespondent des „Matin" in London meldet vom 8. April:

**Man wird gewiß in Frankreich sehr erregt darüber sein erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettssitzungen beschlossen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Neuigkeit wird unsere britischen Freunde, die in ihrer Mehrzahl seit zwei Tagen dauernd uns ihrer Unterstützung versichert haben, ebenso überraschen, wie uns selbst. Eine Note offiziösen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt:**

Der Eindruck, der hier verbreitet war und durch die in Frankreich abgegebenen Erklärungen bestätigt wurde, daß die alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Britannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien, mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist gänzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut schienen, dieses Einrücken aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Verbündeten abzuwarten.

Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Unruhen ist, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt, nach Wiederherstellung des Friedens, das deutsche Volk vertritt, und daß es die Alliierten nichts angeht, da sich die Ereignisse außerhalb derjenigen Zone vollziehen, für die diese verantwortlich sind.

Der Korrespondent meldet dazu, die offizielle Protestnote werde morgen früh durch Lord Derby Herrn Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in Downing Street den französischen Botschafter empfangen und mit ihm eine lange Unterredung gehabt. Lloyd George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Persönlichkeiten abreisen. Die britische Regierung hat Herrn Cambon benachrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansehe.

Man kann sich vorstellen, daß die Meldung des „Matin" in Frankreich das ungeheuerste Aufsehen erregt. Denn jetzt wird der Schritt Frankreichs, gegen den die deutsche Regierung im Einverständnis mit allen Kreisen des deutschen Volkes den schärfsten Einspruch erhoben hat, von den Verbündeten Frankreichs selbst als widerrechtlich gekennzeichnet. Der französische Militarismus und die ihm blind ergebene Regierung Millerand sind in einer Weise bloßgestellt, die nicht ohne tiefste Rückwirkungen bleiben kann und die endlich einmal auch dem französischen Volk die Augen darüber öffnen sollte, wohin es geführt wird.

Die internationale Krise kann am sichersten beendet werden, wenn es nicht beim bloßen Aussprechen bestehender Meinungsverschiedenheiten bleibt, sondern wenn der Völkerbund sich als eine Realität erweist und ihre Lösung in die Hand nimmt.

Es muß klares Recht geschaffen werden! Wenn eine einzelne Macht aus ihrer Auffassung heraus, daß der Friedensvertrag von Deutschland verletzt worden sei, zu eigenmächtigen kriegerischen Handlungen gegen Deutschland schreitet, so verletzt sie damit die Völkerbundsakte, die einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags bildet, und ist für die Folgen dieser internationalen Rechtsverletzung verantwortlich. Würde der Völkerbund diesen selbstverständlichen Grundsatz nicht anerkennen, so würde er damit seine eigene Existenz preisgeben und statt der Ordnung, die er schaffen will, einen Zustand der Anarchie in Europa aufrichten, der den augenblicklich Schwächeren dem augenblicklich Stärkeren wehrlos ausliefert. Was den Franzosen recht ist, müßte den Polen, Tschechoslowaken und Dänen billig sein; sie könnten — wenn sie nicht viel zu vernünftig dazu wären — gleichfalls nach Belieben in Deutschland einmarschieren, und die deutschen Soldaten hätten nichts anderes zu tun als eben wegzugehen.

Je rascher bei allen Völkern, das französische eingeschlossen, die Erkenntnis durchdringt, daß ein solcher Zustand, der ein großes Volk inmitten Europas zu dauernder Rechtlosigkeit verurteilt, schließlich zum Verderben aller ausschlagen müßte, desto besser wird es sein!

Alles hängt heute davon ab, daß die französischen Sozialisten die Aufgabe begreifen, die sie ihrem eigenen Volke gegenüber erfüllen müssen. Frankreich, das sich für siegreich hält, ist heute selber der Besiegte seines eigenen Militarismus, jenes Militarismus, der alle Völker ins Verderben führt. Wir in Deutschland haben die Erfahrung gemacht, wie ein von militaristischer Gloire berauschtes Volk in den Abgrund taumelt, und es liegt nicht im Interesse Europas, daß sich dieses Beispiel auch an Frankreich wiederholt.

Die deutsche Politik muß, sobald die Franzosen das widerrechtlich besetzte Gebiet wieder verlassen haben, die Verständigung mit Frankreich suchen, und es ist die Aufgabe der französischen Sozialisten, dafür zu sorgen, daß Deutschland ein verständigungsbereites Frankreich findet, ein Frankreich, das nicht mehr militärisch, sondern politisch, nicht mehr chauvinistisch, sondern europäisch denkt und handelt.

Der heutige Tag bedeutet für Frankreich kein angenehmes Erwachen. Das deutsche Volk ist weit davon entfernt, darüber Schadenfreude zu empfinden, es hofft vielmehr, seinen Nachbar endlich in einer Verfassung zu finden, die gemeinsame Erkenntnis und gemeinsame Wahrung der gemeinsamen Interessen möglich macht. Frankreich, das übereifrig darauf bedacht ist, uns von unserem Militarismus zu befreien, muß sich endlich einmal von dem seinigen befreien, dann erst dämmert neue Hoffnung zwischen den Pyrenäen und der Weichsel.

•

**Bern, 8. April. Nach hier vorliegenden Meldungen hat die britische Regierung Cambon mitgeteilt, daß sie die Frage der französischen Intervention von einem anderen Gesichtspunkte betrachtet, als die französische Regierung. Nach einer weiteren Meldung aus London wird Lloyd George am Freitag sich nach San Remo begeben, aber nicht über Paris, wie ursprünglich gemeldet wurde. — Die Nachricht, daß Belgien Truppen in das Ruhrgebiet senden wolle, hat großes Aufsehen erregt.**

## Deutschland fordert Wiedergutmachung.

**Note an die französische Regierung.**

Berlin, 9. April. Die Reichsregierung hat der französischen Regierung folgende Note überweisen lassen:

**Die durch den Friedensvertrag nicht gerechtfertigte und vorher nicht angekündigte Besetzung deutschen Gebietes hat zu zahlreichen Zwischenfällen geführt. Dabei hat u. a. eine Reihe Deutscher den Tod erlitten, eine große Anzahl ist verwundet worden. Unter Wahrung aller weiteren Ansprüche, die der deutschen Regierung aus dem französischen Vorgehen erwachsen, erklärt sie schon jetzt, daß sie die französische Regierung jedenfalls für alle Schäden haftbar mache, die den Deutschen durch die jüngsten Vorkommnisse entstanden sind oder noch entstehen können. Eine weitere Mitteilung behält sich die deutsche Regierung bis nach Prüfung der Einzelfälle vor.**

## Belgien an der Besetzung beteiligt.

**Brüssel, 9. April. (Havas-Reuter.) Der Ministerrat trat nachmittags unter dem Vorsitz des Königs zusammen und prüfte die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage. In dem Wunsche, den Grundsatz der Einigkeit der Alliierten gegenüber Deutschland zum Ausdruck zu bringen und Zeugnis für die Freundschaft mit Frankreich abzulegen, hat die Regierung beschlossen, der französischen Regierung mitzuteilen, daß sie bereit ist, durch Entsendung einer Abteilung an den von der französischen Regierung getroffenen Besetzungsmaßnahmen, die nach der Räumung der gesamten neutralen Zone durch die Reichswehrtruppen ihr Ende finde, teilzunehmen.**

## Auch Amerika lehnt ab.

**London, 9. April. (H. N.) „Daily Telegraph" meldet aus New York, daß die Haltung Amerikas der Frankreichs völlig entgegenstehe. In allen Kreisen meint man, daß Frankreichs Vorgehen die jüngsten Erklärungen des Präsidenten Wilson, in Frankreich herrsche der Militarismus, bestätige. Die amerikanische Regierung könne keineswegs irgendeinen Einwand gegen den Aufmarsch der deutschen Truppen erheben, die zur Unterdrückung der Unruhen in das Ruhrgebiet entsendet wurden. Frankreich hat, indem es seine technischen und formalen Einwände gegen die Anwesenheit der deutschen Truppen im Ruhrgebiet erhob, viele amerikanische Freunde verloren. Die eigentliche Absicht ist, wie man in Amerika meint, immer mehr französische Truppen auf das andere Rheinufer zu bringen, gleichviel, welche Gründe dafür angegeben werden können. Ihre Hoffnung, daß der Senat das französisch-amerikanische Abkommen zur Sicherung Frankreichs annehmen wird, müsse von jetzt an aufgegeben werden. Allgemein meint man, daß Marschall Foch hinter dieser Politik stecke.**

## Entwirrung im Ruhrgebiet.

Von Richard Woldt.

Nun ist auch bei uns im Ruhrgebiet die Entscheidung gefallen: In diesen Tagen wurden die letzten Städte, die von den „Rätediktatoren" erobert worden sind, wieder durch die Reichswehrtruppen besetzt. Das Drama ist zu Ende, mit einem Putsch von rechts fing es an und mit dem Widersinn des Putsches von links fand es seine Auswirkungen. Daher kann jetzt, wenigstens bis zu einem bestimmten Stadium, eine abgeschlossene Darstellung der Vorgänge im Ruhrgebiet gegeben werden.

Zunächst die erste Episode: Der Kapp-Putsch. Die Herrlichkeit hat natürlich auch hier nicht lange gedauert. Als die Dinge vom 13. März bekannt wurden, hat die Arbeiterschaft unseres Industriebezirks mit einem Generalstreik geantwortet. Wohl haben schon früher große Bewegungen und Aktionen den Ozean unseres Industriebezirks durchtobt, aber mit einem solchen Elan und mit einer derartigen Entschlossenheit haben die Massen noch niemals reagiert, wie es hier geschehen ist. Das kam aus der Tiefe zum Ausbruch, die Arbeiter fühlten rein instinktiv, daß hier das Letzte und Höchste zu verteidigen ist, die Republik und die Freiheit. Es mag eine Streitfrage sein, zu untersuchen, ob Berlin oder das Ruhrgebiet einen größeren Einfluß auf die Niederwerfung der Kapp-Leute ausgeübt haben, das steht fest: Gegen die Arbeiter unseres Industriebezirkes hätte sich keine Kapp-Regierung behaupten können.

Dann kamen die Kämpfe zwischen den Arbeitern und der Reichswehr. Die Ereignisse wurden kompliziert, als unsere Reichswehr sich nicht vom ersten Tage an geschlossen auf den Boden der alten Regierung stellte. Einzelne Führer der Reichswehr haben durch ihre Erklärungen für die Kapp-Regierung und durch ihr provokatorisches Verhalten die Erbitterung der Arbeiter gegen sich ausgelöst. Es ist zu schwerem Blutvergießen gekommen. Auch diese Dinge müssen noch eingehend gründlich untersucht werden, wenn die Entwicklung ihren Abschluß gefunden hat. Heute aber liegt die Situation so, daß die unzuverlässigen Truppenführer und Formationen entwaffnet sind.

Der Putsch von rechts ist nun in seinem Pendelschlag leider nach links ausgeschlagen. Den furchtbaren Erregungszustand, den unsere Industriebevölkerung durchmachen mußte, haben die Kommunisten für ihre Zwecke auszunützen verstanden. Vollzugsräte sind gegründet worden. Die „Rote Armee" wurde angeworben und die „geschlossene Einheitsfront", die sich zuerst als die gemeinsame Niederringung der Kapp-Leute zusammenfand, hat sich bald zu einer bolschewistischen Diktatur entwickelt. Besonders in Dortmund, Essen, Duisburg, Recklinghausen herrschte der „Rote Terror" in der schlimmsten Art. Die Dinge hatten auch hier ihre eigene Logik: Die Arbeiter, zunächst unter der Parole des Kampfes nach rechts zusammengeschlossen, mußten bald erkennen, daß der eigentliche Zweck ihres bewaffneten Widerstandes erreicht war. Der Kapp-Putsch war niedergeworfen. Die Bielefelder Beschlüsse kamen, die eine Grundlage bilden mußten zur Wiederherstellung geordneter verfassungsmäßiger Zustände. Die Demokratisierung der Reichswehr, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an der Entwicklung wurde eindeutig festgelegt. Und so blieben in der Roten Armee nur undisziplinierte Elemente übrig, die den Zeitpunkt für gekommen hielten, in Plünderungen und Ausschreitungen ihre Instinkte zu befriedigen.

Mit dieser Charakteristik wollen wir nicht die Rote Armee in ihrer Gesamtheit angreifen, sondern nur hervorheben, daß in einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung sich auch hier zeigte, wie wenig die linksradikalen Führer diese Massen noch in der Hand hatten.

Das Bielefelder Abkommen wurde unterzeichnet von namhaften Führern der Unabhängigen und der Kommunisten. Diese gaben sich alle erdenkliche Mühe, in der sogenannten Kampffront ihre Leute von der Notwendigkeit der Einstellung des Kampfes zu überzeugen. Bolschewistische Führer aber setzten sich diesen Bestrebungen entgegen. In Essen wurde ein Zentralrat gegründet, der offensichtlich den Plan verfolgte, nach Erledigung der sogenannten Kapp-Regierung auch die jetzige Regierung zu stürzen und eine neue bolschewistische Regierung zur Herrschaft zu bringen. Die Fäden, die hier geknüpft wurden, sind noch einmal später der Oeffentlichkeit in ihren Zusammenhängen bekanntzugeben. Nicht zuletzt die Arbeiterklasse wird dann erkennen, welch verwerfliches Spiel mit Menschenleben und mit den Wirtschaftsgütern getrieben

worden ist. Wir wollen gewiß nicht alle Schauermärchen von den Greueltaten dieser Plünderer aus dem Ruhrgebiet, die die Zeitungen berichten, als richtig anerkennen, aber das steht fest, daß die verantwortlichen Führer, die die Bielefelder Einigungsbeschlüsse ablehnten und an der Kampffront die Entwicklung bis zur Entscheidung gebracht haben, auch die Blutschuld für die ungeheuren Opfer tragen müssen, die gefallen sind.

Die Regierung war in einer ungeheuer schwierigen Lage. Genosse Severing als Reichskommissar hat bis zum letzten Augenblick alle Möglichkeiten erschöpft, um ein unnützes Blutvergießen zu verhüten. Aber der Einmarsch der Truppe in unser Industriegebiet war nicht mehr zu umgehen, als die Bielefelder Beschlüsse sabotiert wurden. Mit gewaltiger Uebermacht ist dann die Reichswehr in die wichtigsten Industriestädte eingezogen und hat keinen nennenswerten Widerstand gefunden. Der humanste Krieg, der unblutigste Krieg ist hier das Einsetzen einer militärisch überlegenen Heeresmacht gewesen.

Die Führer sind geflohen. Die Häuptlinge der Kommunisten, die das Feuer angezündet haben, mußten sich vor ihren eigenen Leuten in Sicherheit bringen. So liegt gegenwärtig die Situation, daß die Reichswehr von der Bevölkerung mit Einschluß der Arbeiter in den bedrängten Städten als der Befreier begrüßt wurde. Selbst unabhängige Parteiführer haben den Einmarsch der Reichswehr gefordert, weil sie nicht in der Lage waren, aus eigener Kraft und mit eigenem Einfluß geordnete Zustände wiederherzustellen. Dagegen hilft kein Ableugnen!

Selbstverständlich sind auch auf der anderen Seite, bei der Reichswehr, Uebergriffe vorgekommen. Einzelne Führer der Reichswehr sind leicht geneigt, ihre Aufgabe als eine Vergeltungsmaßnahme zu betrachten, deshalb war es notwendig, den Reichskommissar Severing mit entsprechenden Vollmachten zu versehen und überall durch seine Zivilgewalt hindernd und hemmend einzugreifen. Von bürgerlichen Parteien wird gegen die Maßnahmen der Regierung ein Kesseltreiben eingeleitet. Man macht der Regierung den Vorwurf, daß sie zu nachgiebig gegen die Ueberreste der Roten Armee vorgeht. Auch diesen Einflüssen gegenüber heißt es fest bleiben, um zu versuchen, mit einem Mindestmaß von Blutvergießen und wirtschaftlichen Opfern aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen.

Heute schon ist es notwendig, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die schwerste Verantwortung für diese furchtbaren Zustände, die vorübergehend in unserem Industriegebiet geherrscht haben, die Kapp-Verbrecher auf dem Gewissen haben. Wenn wir jene stumpfen Leute betrachten, die als Gefangene eingeliefert werden, so ist der Bürgersmann mit seinem Verdammungsurteil sofort fertig. Das sind „Verbrecher", die er am schwersten bestraft sehen möchte. Wir aber sehen in diesen verführten Menschen, in diesen politisch indifferenten Köpfen nur die Resultate jener Entwicklung, die uns der Krieg gebracht hat. Es sind Opfer des Krieges und der heutigen wirtschaftlichen Zustände. Der Taumel nach leichtem Gelderwerb, den die oberen Schichten vorbildlich gezeigt haben, die Verzweiflung und die Not haben diese Menschen zu dem geformt, was sie geworden sind: zu einer Masse, unwissend und stumpf, moralisch hemmungslos, leicht verführbar für jeden fanatischen Apostel und verantwortungslosen Abenteurer, um diesen blinden Hödur zu mißbrauchen.

Die große Generalabrechnung, die wir einmal darüber halten müssen, wird deshalb auch hier in dem Kampf nach rechts bestehen müssen, in der endgültigen Niederwerfung all jener reaktionären Mächte, die zunächst den Anfang gemacht haben, die Ordnung des jetzigen Staates zu unterhöhlen. Es war eine schwere Belastungsprobe, die auch in unserem Industriegebiet unser Volk und unsere Arbeiterklasse überwinden mußte. Wir hoffen, daß der Gesundungsprozeß bald wieder einsetzt.

## Die „Entpolitisierung" der Reichswehr.

### Verbot des Versammlungsbesuches.

Die Entpolitisierung der Reichswehr war schon unter Noske das angebliche Ziel der obersten Kommandostellen. In Wirklichkeit war diese schöne Parole der Vorwand, unter dem alle republikanischen Elemente aus der Reichswehr herausgedrängt und jene restlos reaktionären Formationen geschaffen wurden, die infolge ihrer grenzenlosen politischen Neutralität entweder offen gegen die Republik putschten oder doch jeden aktiven Schutz der Verfassung verweigerten. Dieses System, dessen Früchte am 13. März klar zutage lagen, wird aber weitergeführt, als ob nichts geschehen sei. Folgender Erlaß gelangte in unsere Hände:

Wehrkreiskommando 3. Berlin, 2. April 1920.
Ic Nr. 506/20.

Ziff. 3. Die Teilnahme an Versammlungen außerhalb der Kaserne ist **von der Genehmigung des zuständigen Kommandeurs** abhängig.

gez. von Oven,
General.

Regt. 4.
7 Nr. 1864 I/20. Zusatz des Regiments.

Ziff. 2. Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ist das Verbot der Teilnahme an Versammlungen ohne meine Genehmigung **monatlich einmal bekanntzugeben**, neu Eintretenden sofort bei ihrem Eintritt. Ein **entsprechender Vermerk ist in den Verpflichtungsscheinen** aufzunehmen. Zum Letzten jedes Monats melden Esk. und Maschinengewehrabteilungen und Abteilungen des Regiments, daß Bekanntgabe des Verbots erfolgt ist.

gez. v. Viereck.

In welchen Fällen die Genehmigung des Kommandeurs versagt wird, das zeigt wohl am besten der Potsdamer Fall, den wir gleichzeitig unter der Ueberschrift „Fortgang der Republikanerhetze" veröffentlichen. Dieser Erlaß ist in Wirklichkeit nur ein Mittel, um die Mannschaften, denen jetzt über ihre Führer die Augen aufgegangen sind, nach wie vor in geistiger Abhängigkeit von dem reaktionären Offizierkorps zu halten. Es ist ferner bezeichnend, daß nach dem Putsch vom 13. März die erste Sorge ist, den Verpflichtungsschein um einen solchen Passus zu bereichern, während wir vergeblich noch darauf warten, daß der Verpflichtungsschein einen Zusatz etwa folgenden Wortlauts erhält: „Es ist mir bekannt, daß mein Eid auf die Verfassung mich auch zum Schutze der verfassungsmäßigen Regierung verpflichtet".

## Fortgang der Republikanerhetze.

### Reichswehrverbote gegen den Republikanischen Führerbund.

Bezeichnend für die jetzigen Zustände in der Reichswehr ist die Tatsache, daß die Hetze gegen republikanisch zuverlässige Elemente von den reaktionären Offizieren **unbeirrt fortgesetzt** wird. Verbote des Republikanischen Führerbundes sind auch jetzt nach dem Putsch an der Tagesordnung, weil nämlich diese „verbrecherische" Organisation es gewagt hat, der Regierung **die Treue zu halten**, während ein großer Teil der Offiziere putschte. Und so etwas darf natürlich nicht geduldet werden.

Am 1. April nahmen etwa 14 Soldaten vom **Reiterregiment 4, Potsdam**, an einer Versammlung des Republikanischen Führerbundes teil und ließen sich als Mitglieder aufnehmen. Als andere Kameraden von diesem Beitritt erfuhren, baten sie einen der neu Beigetretenen, auch ihre Aufnahme in den Republikanischen Führerbund zu veranlassen. Der Betreffende tat das.

Zwei Tage später ließ der Rittmeister Newiger, der hiervon erfahren hatte, **die Schwadron antreten und die Leute, die an der Versammlung teilgenommen hatten, vortreten.** Er machte jeden einzelnen, der an der Versammlung teilgenommen hatte, **heftige Vorwürfe** und erklärte, daß er so etwas nicht gern sähe. Am nächsten Tage aber ließ Rittmeister Newiger die Betreffenden wieder auf die Schreibstube kommen und erklärte sie unter Hinweis auf die Verfügung des Reichspräsidenten **für entlassen.** (Was die Verfügung des Reichspräsidenten mit der Mitgliedschaft des Republikanischen Führerbundes zu tun hat, ist uns unverständlich.) Rittmeister Newiger erklärte weiter, daß er diejenigen, die sich mit der Entlassung einverstanden erklärten, bei der Suche nach einer Zivilstellung unterstützen wollte. Als drei Soldaten ihrer Entlassung widersprachen, sagte Rittmeister Newiger zu dem Schreiber: „Geben Sie die Sache weiter an die Brigade".

Durch Regimentsbefehl vom 7. April wurde den dreien mitgeteilt, daß sie **laut Divisionsbefehl wegen Unzuverlässigkeit (!!!) entlassen sind.** Einer der Entlassenen ließ sich darauf dem Regimentskommandeur vorführen, der ihm sagte, daß der Besuch solcher politischen (!!) Versammlungen verboten sei, und daß er auch schon einen Befehl erlassen habe, **wonach der Besuch von Versammlungen des Republikanischen Führerbundes verboten ist.** Der Regimentskommandeur machte dem Entlassenen noch Vorwürfe, daß er es sogar gewagt habe, sich ihm vorführen zu lassen. Er wolle mit einer **revolutionären Horde"** nichts zu tun haben!

Die Entlassenen liegen seit Donnerstag ohne Mittel auf der Straße. Das kommt davon, wenn man der Regierung treu sein will. Dann ist man eine „revolutionäre Horde".

•

Dieses ist nicht das einzige Beispiel von Truppenführern, die **den Beitritt zum Republikanischen Führerbund verbieten.** So hat in Bremen der Major v. Engelbrechten als Führer des 1. Bataillons des J. R. 110 unter dem 29. März eine Verfügung herausgegeben, die **den Eintritt in den R. F. B. untersagt.** In Stendal hat der Garnisonälteste Major Schön (früher R. J. 6 Berlin) **jede Propaganda für den Bund verboten,** weil dieser Politik (!) treibe. In Berlin erläßt der Major v. Kretzschmar von der Sicherheitspolizei eine Warnung vor dem Führerbund, in der er unter erfundener Berufung auf den früheren Minister Genossen Heine behauptet, daß der R. F. B. **in kommunistischem Fahrwasser segle!**

**Wir fordern, daß der Reichswehrminister sofort eine Verfügung erläßt, in der unzweideutig ausgesprochen wird, daß der Beitritt zum R. F. B., der keine politische Organisation ist, sondern alle der Republik treuen Elemente ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sammelt, nicht verboten ist, sondern allen Ressortangehörigen freisteht, daß ferner wegen der Zugehörigkeit zum R. F. B. keinerlei Maßregelung oder Zurücksetzung erfolgen darf. Es ist eigentlich etwas Unerhörtes, daß man eine derartige Selbstverständlichkeit von einem Reichswehrminister der Republik noch ausdrücklich verlangen muß.**

## Wie republikanische Offiziere handeln.

### Oberst Lange in Mecklenburg.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat, wie wir mitteilten, den Chef der mecklenburgischen Sicherheitspolizei, Oberst Lange, heftig angegriffen, weil er in den Putschtagen fest zur Verfassung gestanden hat und dem Reichswehrgeneral Lettow-Vorbeck, der sich sofort auf seiten der Putschisten schlug, mit den entschiedensten Mitteln entgegengetreten ist. Dazu ersucht uns Oberst Lange, eine eigene Darstellung seines Verhaltens zu veröffentlichen. Wir kommen diesem Wunsch um so lieber nach, als dieser Bericht ein treffendes Beispiel dafür bietet, wie ein wirklich verfassungstreuer Offizier in dieser Situation handeln mußte, im Gegensatz zu den jämmerlich schwankenden Reichswehrgestalten, die unter der heuchlerischen Formel „Ordnung, Ruhe, Sicherheit" dem Kapp-Abenteuer Vorschub leisteten. Oberst Lange schreibt uns:

„Am 14. März vormittags war durch den Kapp-Parteigänger General von Lettow-Vorbeck dadurch, daß er das Ministerium in Haft nahm, nicht nur Ruhe und Ordnung auf das empfindlichste gestört, sondern auch die Verfassung aufs schwerste verletzt worden. Zum Schutz der Verfassung war ich mit der Sicherheitspolizei in erster Linie bestellt. Das war meine oberste Pflicht. **Die Republik war in Gefahr. Ich mußte sie schützen.** Meine Machtmittel waren gegenüber denen Lettows sehr gering. Die Arbeiterschaft Schwerins, die mich hätte verstärken können, war nicht zum Kampf organisiert. Eine Organisation und Bewaffnung jetzt noch würde Lettow sofort durch Ar-

## „Myrrha" von Eduard Stucken.

### Trianontheater.

Der Dichter, der mit einigen seiner romantisch-lyrischen Versdramen aus der Artussage vor Jahren in Reinhardts Kammerspielen Erfolge hatte, bewegt sich in diesem, ebenfalls älteren Werke im Bahnen moderner psychologisch naturalistischer Problemdramatik. Die inneren verschwiegenen Kämpfe eines schwermütig-ernsten Mädchens, noch eines halben Kindes, das in reichem Heim von gütigen Menschen liebevoll gehegt, das dunkle Geheimnis, von dem es umgeben ist, ahnungsvoll errät, bilden den Hintergrund der Handlung. Die Art, wie Stucken in diese verschlungenen Verhältnisse hineinleuchtet, zeugt von hohem künstlerischen Feingefühl. In andeutungsreich beziehungsvollen Dialogen enthüllt sich die Vergangenheit. So lassen diese beiden ersten Akte an das reife Vorbild der Ibsenschen Dramatik denken. Aber freilich, die Kraft, die sich hier in der Schürzung des Knotens zeigt, versagt dann bei der Lösung. Die dramatische Form, in der die Tendenz liegt, die Szenenfolge in ununterbrochenem Fluß zu einem möglichst tief einschneidenden katastrophalen Abschluß fortzutreiben, verführt ihn zu Gewaltsamkeiten. In die psychologische Entwicklung drängen sich mehr und mehr unkontrollierbare pathologische Momente, die Einfälle einer Wahnsinnigen, hinein, und dieser Wahnsinn steckt in dem Drama Myrrha selbst an, suggeriert ihr eine Handlung, mit der sie vielleicht in ihren Träumen spielen konnte, deren Ausführung aber aller Natur zuwiderläuft. Die sinnliche Nähe, in welche das Theater die Vorgänge rückt, mußte den grellen Eindruck noch verstärken.

Anselm, der Vater Myrrhas, der mit innigster Liebe an dem frühreifen Kinde hängt, sieht vor Erfüllung seiner schönsten Hoffnungen. Die Arbeit vieler Jahre und sein ganzes Vermögen hat er an die Erfindung eines vollkommenen Flugzeuges gesetzt. Das Modell ist fertig, die Prüfungskommission kann jeden Augenblick erscheinen. Schweres hat er durchlebt. Seine Frau weilt geistig krank schon lange in einem Sanatorium. Eine entfernte Verwandte, ein gesundes, harmonisch-freundliches Wesen, leitet ihm den Haushalt. Der Liebesbund mit ihr, den er aller Welt, am ängstlichsten vor Myrrha, verheimlicht und dem ein Kind entsprossen ist, erfüllt ihn mit dem Frohgefühl ungeahnten Glücks. Da meldet ihm der Brief des Arztes, daß seine Frau, anscheinend gebessert, sich nicht mehr habe halten lassen und nach Hause abgereist sei. So oder so, er muß sich nun entscheiden. Aber der Gedanke, Menschen, die seinem Herzen nahestehen, zu kränken, ist ihm unerträglich. Wie er Myrrha, die in vergötternder Sehnsucht der Mutter denkt, die Wahrheit nicht zu sagen wagte, sucht er auch jetzt noch einer Auseinandersetzung auszuweichen. Myrrha schämt sich des Vaters, sie sagt ihm, daß sie alles weiß, auch weiß, woher die kleine Edith, ihre Hausgespielin, stammt. Ihr Wahrheitssinn verlangt von ihm endgültige Entscheidung. Er verspricht's und kann trotzdem nicht handeln. Auch das erste Aufflackern wirrer Hassgefühle der zurückgebeteten Frau wider die Fremde, in der sie die Rivalin wittert, wirkt völlig überzeugend. Dann aber setzt jener Umschlag ins Pathologische ein. Der eifersüchtige Wahn der Kranken richtet sich auch gegen ihres Mannes Erfindung, und Myrrha hilft ihr das Modell zertrümmern. Ja, damit nicht genug, will die Verrückte rachsüchtig-blind das Töchterchen der Nebenbuhlerin im Bett ermorden; und Myrrha weiß es, in verzückten Ekstasen schwelgend, so einzurichten, daß sie selber an Ediths Stelle den tödlichen Messerstich von ihrer Mutter Hand erhält. Seltsamerweise wiederholte sich der nach den ersten Akten vollauf verdiente Beifall auch nach dem abstrakten Schlusse. Der Autor konnte oft erscheinen.

Die von Fritz Roller geleitete Aufführung bot vielfach Ausgezeichnetes. Die fein beseelte Weichheit und Intelligenz des Mannes, der in dem Ausweglosen nach Kompromissen sucht, gelangte in dem Spiel Paul Bildts, das starke weibliche Empfinden der Gelichten in der frappant natürlichen Darstellung durch Käte Dorsch zu warm sympathischen Ausdruck. Sehr gut war auch die leidenschaftliche und derbe Myrrha Lia Rosens, ebenso Biensfeldt in der Nebenfigur des klugen Räsoneurs und Arztes. Ida Wüst in der schwierigen und undankbaren Rolle der Verrückten kam über manche glücklich beobachteten Einzelwendungen nicht hinaus.

Conrad Schmidt.

## Kassenärzte im Altertum.

Der Stand und das Amt der Kassenärzte wird, wenn der Zwang für den Beitritt zu den Krankenkassen bis auf Einkommen von 20 000 M. ausgedehnt wird, noch viel zahlreicher und wichtiger bei uns werden als bisher. Die Einrichtung, daß Gemeinden Aerzte zur unentgeltlichen Behandlung ihrer Mitglieder anstellten, ist uralt. Solche öffentlich angestellten Aerzte sind in Jonien schon zur Zeit der Odyssee nachweisbar, ebenso wie ja in den homerischen Gedichten auch bereits Militärärzte auftreten. In Athen ist der Stadtarzt im 5. Jahrhundert, wie aus den öffentlichen Inschriften und allerlei Anspielungen in den Komödien des Aristophanes hervorgeht, eine allbekannte und nicht selten angefeindete Erscheinung.

Dieses Vorbild der Gemeindeärzte wurde dann später von Rom übernommen; doch setzt diese Entwicklung erst in der nachchristlichen Zeit ein. In Rom gab es seit dem zweiten Jahrhundert Gemeindeärzte, die die Verpflichtung hatten, die sämtlichen Armen ihres Bezirks unentgeltlich zu behandeln; außerdem besaßen sie die Aufsicht über ihre nichtbeamteten Kollegen. Unter dem Kaiser Alexander Severus wurden ihnen bestimmte Gehälter ausgesetzt und sie erhielten den Titel Archiatri populares, d. h. Volksoberärzte, der sie durch viele Jahrhunderte hin behielten. In jedem der 14 Stadtbezirke, in die das kaiserliche Rom geteilt war, waltete ein solcher Arzt seines Amtes. Der Kaiser Antonius Pius setzte die Zahl der von den Stadtbehörden zu ernennenden Aerzte genau fest: für große Städte auf 10, für mittlere auf 7, für kleine auf 5. Man darf annehmen, daß schon seit dem zweiten nachchristlichen Jahrhundert die meisten Städte des römischen Kaiserreichs eigene Kommunalärzte hatten.

Ein weiterer Schritt in der Reglementierung des Aerztewesens war die Maßregel, daß für die Behandlung der Mitglieder größerer Körperschaften Aerzte mit festem Gehalt angestellt wurden. So besaßen das Personal der Theater, der Zirkusse, der Bibliotheken usw. stets seinen eigenen Arzt. Der größte Mediziner des Altertums, Galenos, wurde mit 28 Jahren Arzt der Gladiatorenschule in seiner Heimat Pergamon und erlangte dadurch eine sehr angesehene Stellung. Das weiteren wurden dann auch Aerzte direkt von Zünften und freiwilligen Vereinigungen zur Behandlung ihrer Mitglieder angestellt und so das Kassenwesen ganz im modernen Sinne durchgeführt. Es wurden direkt Gesellschaften nur zu diesem Zweck gebildet.

Der Archiater — eine Bezeichnung, von der übrigens unser deutsches Wort Arzt herzuleiten ist — scheint sich aber nicht immer mit großem Eifer der ärztlichen Versorgung der Armen seines Bezirks angenommen zu haben. Verschiedene kaiserliche Verordnungen schärfen den Gemeindeärzten ein, „lieber in rechtschaffener Weise den Armen zu Hilfe zu kommen, als schmählich den Reichen zu dienen". Das „Honorar", das ja zunächst nur als Ehrengeld gedacht war, bald aber aus dem freiwilligen Geschenk eine geschäftliche Forderung wurde, verlockte mehr zur Behandlung der wohlhabenden Leute. Auch den angestellten Aerzten war erlaubt, „anzunehmen, was ihnen die Gesunden für ihre Dienste anbieten, aber nicht, was ihnen die Kranken in der Gefahr für ihre Rettung versprechen". In der Angst um ihr teures Leben wurden nämlich von reichen Leuten Riesenhonorare gezahlt.

**Neue Lehrfilme.** Der Vorführungsabend, den die Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht am Donnerstag veranstaltete, bot die Gewähr, daß der Lehrfilm immer mehr zu einem wichtigen Mittel unseres Bildungswesens wird. Der neue Film, „Die Lüneburger Heide", von Prof. Lampe, gab wirklich anschauliche Bilder von Land und Leuten. Durch die Benutzung des (gezeichneten) Trickfilms wurde die geographische Situation plastisch hingestellt und der Aufbau des niedersächsischen Hauses klar verdeutlicht. Ein Wetterfilm von Prof. Kaßner (beruhend auf vielen Tausenden von Wetterkarten) rekonstruierte die Wetterlage in Oberschlesien im Juli 1897, die zur Hochwasserkatastrophe führte. Die Bildung und Ausdehnung des Tiefdruckgebiets ging vor unseren Augen vor sich und klärte die Wetterlage von damals vollkommen auf. Afrikanische Großtierbilder (auf denen leider die Jagd eine zu große Rolle spielt) gaben eine lebendige Vorstellung vom Gnu und Nashorn. Die Loslösung einer Menschenfloßkarre aus dem Eis und die Geburt von zahllosen Wasserflöhen zeigen die Leistungsfähigkeit der Mikrophotographie auf der Höhe. Einen wertvollen Einblick in physikalische Vorgänge bot die Zeitlupenaufnahme einer auf einer Fontäne spielenden Kugel. Die vielseitige Anwendbarkeit des Films für Lehrzwecke wurde dann noch durch weitere Beispiele demonstriert.

**Prof. Karl Binding,** der bekannte ehemalige Staatsrechts- und Strafprozeßlehrer der Universität Leipzig, ist in Freiburg i. Br. im Alter von 78 Jahren gestorben.

**Der Chemnitzer Volkschor** erwarb zur reichsdeutschen Uraufführung am 15. Oktober den Chor „Ein weltliches Requiem" für Sopran und Altsolo, gemischten und Knabenchor, Orgel und Orchester von Dr. Sepp Rheinberger, nach Gedichten seines Vaters zusammengestellt. Das Werk erscheint demnächst im Verlag von Max Brockhaus in Leipzig.

tilleriefeuer gestört haben. Vorkehrungen dazu hatte er getroffen.

Ich zog nach einige Kräfte der Sicherheitspolizei, soweit sie mir erreichbar waren, aus dem Lande heran. Meinen Befehl, die II. Abteilung aus Rostock solle sofort nach Schwerin kommen, sabotierte die Reichswehrbrigade 9, infolgedessen kam er nicht zur Ausführung. Durch meinen Widerstand in Schwerin und meine feste Haltung fühlte sich Lettow so sehr bedroht — trotz meiner geringen Kräfte —, daß er Verstärkungen heranzog, wo er sie nur herbekommen konnte. Selbst das Reichswehrbataillon aus Rostock, der größten und arbeiterreichsten Stadt Mecklenburgs, hetzt er nach Schwerin kommen. Das war für ihn ein großer Fehler. Wie in ganz Deutschland war auch in Rostock für die Arbeiterschaft der Kapp-Putsch die Parole zur Einigkeit geworden. Es gab keine Parteigegensätze mehr, es einigte sie der entschlossene Wille, die Reaktion niederzukämpfen.

Durch die Fortnahme des Reichswehrbataillons aus Rostock war die nötige Freiheit geschaffen, zum Kampf anzutreten. In bewundernswert schneller Weise ging die Organisation vor sich.

Als daher am Nachmittag Arbeitervertreter aus Rostock bei mir eintrafen, mir über die dortigen Verhältnisse berichteten und mir mitteilten, daß sie wohl Waffen hätten, aber keine Munition, **war es nur meine Pflicht, ihnen die Mittel zum Kampfe gegen die Feinde der Republik zu geben.**

Damit die Munition auch wirklich nach Rostock kam, nicht aber den Kappisten in die Hände fiel, ging sie unter der Deckadresse der II. Abt. ab. Das war eine gebotene Kriegslist.

**Im glänzenden Ansturm schlugen dann die Arbeiterbataillone die Stützen Lettows, die Zeitfreiwilligen, in die Flucht, wurden sie Herren Nordmecklenburgs, und ihrem Druck ist es mit zu danken, wenn Lettow sobald hier das Feld räumen mußte.**

Konnte ich aus den oben angeführten Gründen einer Bewaffnung der Arbeiter in Schwerin leider nicht die Hand bieten, so rechne ich es mir um so mehr zum Verdienst an, da ich in Rostock tätig eingegriffen habe. **Meine Sorge ist nicht, ob ich in diesem Sinne zu viel, sondern ob ich nicht zu wenig getan habe.** Es ging nicht mehr um Ruhe und Ordnung. Die hatten Kapp und Genossen gründlich über den Haufen geworfen. **Alles mußte für die Republik, nichts durfte gegen sie getan werden.**

Wer, zum Schutze der Republik bestellt, in diesen Tagen auch nur sich schwankend gezeigt hat, **war ihr Feind.** Daher habe ich innerhalb der Sicherheitspolizei das getan, was leider der Herr Reichswehrminister innerhalb der Reichswehr noch nicht getan hat; **ich habe die notwendige Säuberung der Oberbeamten vorgenommen.**

**Wer sich das stählerne Schwert der Republik schaffen will, muß persönlich mindestens den eisernen Besen schwingen können.**

Wir können dem Herrn Reichswehrminister nur den dringenden Rat geben, diese mannhafte Erklärung in allen Kasernen öffentlich anschlagen zu lassen. Leider haben wir nicht das Vertrauen zu ihm, daß er es tun wird, da er sich bisher nicht einmal dazu hat aufraffen können, den Verboten und Schikanen gegen den Republikanischen Führerbund mit auch nur dem zehnten Teil der Entschiedenheit entgegenzutreten, für die Oberst Lange ein Musterbeispiel ist. Für Männer wie Oberst Lange ist in der Reichswehr scheinbar immer noch kein Platz.

## Der verbotene „Vorwärts".

Wie uns aus Prenzlau mitgeteilt wird, vollzog sich nach den Putschtagen der Absatz des „Vorwärts" in den Kasernen wie vordem; ja, es machte sich eine gesteigerte Nachfrage bemerkbar. Indessen scheinen wir uns jetzt wieder den Tagen zu nähern, wo es ein Verbrechen war, innerhalb der Kasernenmauern sozialdemokratische Zeitungen zu lesen. Hier wurde jetzt der „Vorwärts"verkauf in der Kaserne unmöglich gemacht durch die Abnahme der Eintrittskarte unter der Begründung, daß Zivilpersonen die Kaserne nicht betreten dürften.

Der Militarismus findet immer ein Hintertürchen, durch das er seine volksverdummende Tätigkeit durchschlüpfen zu lassen versteht. Die Soldaten von heute sind nicht mehr die von 1914, die man durch „vaterländischen Unterricht" aufklären zu müssen glaubte. Ob sie's sich gefallen lassen werden?

## Generalstreikdrohung der Agrarier.

### Der Landbund will die Städte aushungern.

Der „Deutsche Landbund" nimmt nun auch zu den letzten Ereignissen Stellung. Sein Aufruf enthält aber bezeichnenderweise kein Wort der Verurteilung über den Kapp-Lüttwitz-Putsch, sondern schimpft in tobsüchtiger Weise über den Generalstreik, der doch nur der Abwehr eines verbrecherischen Anschlags auf die Verfassung diente. Dabei erklärt der Deutsche Landbund mit aller Offenheit, daß er einen zweiten Versuch, den Militärputsch durch Generalstreik abzuwehren, mit der Aushungerung der Städte beantworten würde. Wörtlich sagt der Aufruf:

**Das deutsche Landvolk wird sich solchem politischen Erpressertum mit allen Mitteln entgegenstemmen.**

**Den Unmenschen, welche zur Durchsetzung ihrer selbstsüchtigen Machtgelüste nicht davor zurückschrecken, Tausende ihrer eigenen Volksgenossen dem Hunger und Elend auszusetzen, darf kein Korn, keine Kartoffeln, kein Fleisch und kein Fett geliefert werden (dies sind keine Unmenschen! Red.), weil jede ordnungsmäßige Verteilung in Zeiten des Aufruhrs verhindert wird.**

Diese Drohung ist nicht die einzige. Der Pfälzer Bauernverein in Ludwigshafen hat an den Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem ausgesprochen wird, daß ein Nachgeben der Regierung gegen die Forderungen der Gewerkschaften von der Pfälzer Landwirtschaft „mit dem letzten Mittel, dem Generalstreik" beantwortet werden würde.

Diese heuchlerische Gesellschaft vergießt Krokodilstränen über die Wirkungen des Generalstreiks und droht im gleichen Atemzug mit einem Generalstreik, der das Tausendfache an Opfern erfordern würde. Widerliche Heuchelei!

## Ein monarchistischer Verlust.

Man schreibt uns:

Der deutsche Leser dürfte nicht bemerkt haben, das die Zahl der Berliner Zeitungen sich um ein Blatt vermindert hat. Die Rede ist von der russischen Zeitung „Prisyw" (Der Ruf), die im Sommer vorigen Jahres begründet wurde. „Unabhängig und parteilos", wie die „Tägliche Rundschau", wurde diese Zeitung vom ersten Tage ab das Parteiorgan der in Deutschland weilenden russischen Reaktionäre, die durch ihr Verscheiden den Ueberlieferer ihrer Gefühle und Ansichten verloren haben. In der ersten Zeit ihres Bestehens veröffentlichte sie alltäglich die Befehle der antirevolutionären Generale, wie Denikins, Koltschaks, Judenitschs und Bermonts, deren Erfolge jedesmal in feierlichen Leitartikeln bejubelt wurden.

Mit dem Niedergang der russischen Reaktion ging es auch mit dem „Prisyw" abwärts. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch erfüllte das monarchistische Blatt mit neuen Hoffnungen. In seiner letzten Nummer feierte es den vermeintlichen Sieg seiner Sache. So groß war der Jubel, daß er sogar bis nach Frankreich drang und von der „L'Humanité" in einem längeren Artikel erörtert wurde. Es sollte sein Schwanengesang sein, der „Prisyw" wird weiter nichts von sich verlauten lassen.

## „Im Schlepptau der Gewerkschaftsbureaukratie".

### Generalstreikparole der K. P. D.

Die Fraktion der K. P. D. der Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins fordert aufs neue die Arbeiterschaft zu einem Generalstreik auf, und zwar werden fünf Punkte als Richtlinien aufgestellt: Die Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Ruhrrevier, Bewaffnung der organisierten Arbeiter, Verhaftung aller Offiziere, die nicht „vollkommen revolutionär zuverlässig" sind, Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen für das gesamte Reichsgebiet, **Rücktritt und Versetzung in Anklagezustand der Regierung samt dem Reichspräsidenten Ebert wegen Mitwirkung an Landesverrat und konterrevolutionäre Akte gegen die Arbeiterklasse.**

Insbesondere der letzte Punkt enthält neue Perspektiven. Ohne jede Schwierigkeit wäre es auf Grund seiner „revolutionären" Auslegungen möglich, sämtliche Angehörige der deutschen Republik, soweit sie nicht Mitglieder der K. P. D. sind, in Anklagezustand wegen Hochverrat zu versetzen. Deutschland würde sich dann in ein Riesenzuchthaus verwandeln, als dessen Wärter die Kommunisten sich lieblich ausnehmen würden. Ein hübsches Zerrbild auf die Kulturideale des Sozialismus.

In der gleichen Erklärung schneidet die U. S. P. außerordentlich schlecht ab. Die K. P. D. bezeichnet sich selbst als organisatorisch zu schwach, allein die Massenaktion des Generalstreiks zu unternehmen, und fordert die U. S. P. deshalb zur Mitwirkung auf. Sollte sie dies ablehnen, so wird der linke Flügel der U. S. P. zum Zusammenschluß mit den Kommunisten aufgefordert — ein recht geschickter Schachzug zwecks Stärkung der eigenen Partei die Nachbarpartei zu spalten. Der rechte Flügel der U. S. P. erhält seinen Fußtritt, indem von ihm gesagt wird, daß er sich vollkommen im Schlepptau der Gewerkschaftsbureaukratie bewege. Uns will scheinen, als ob diese Feststellung lediglich aus der Verärgerung darüber entstanden ist, daß der rechte Flügel der U. S. P. es ablehnt, sich ins Schlepptau der Rätebureaukratie zu begeben.

## Die Aerzte und die Krankenversicherungspflicht.

Eine vom Groß-Berliner Aerztebund am Donnerstagabend veranstaltete allgemeine Aerzteversammlung nahm Stellung zu den Ausführungen der Krankenversicherungspflicht auf Personen mit einem Einkommen bis 20 000 M. Der Referent, Professor Dr. Leauhof gab der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Hinaufsetzung der Einkommensgrenze weite Kreise der Bevölkerung, die sonst die ärztliche Privatpraxis in Anspruch nahmen, dieser entzogen und die wirtschaftliche Lage der Aerzte dadurch erheblich verschlechtert werde. Es müßten deshalb durch großzügige Vereinbarungen mit den Krankenkassen Verhältnisse geschaffen werden, die den Aerzten eine auskömmliche Existenz aus der Kassenpraxis ermöglichen, wenn nicht ein Kampf um die Freiheit des ärztlichen Berufes beginnen solle. Es müsse sofort von den Krankenkassen gefordert werden:

1. Die Zulassung aller zur Kassenpraxis bereiten Aerzte, 2. angemessene Honorierung, 3. die Möglichkeit, unter angemessenen Bedingungen ihrem Beruf nachgehen zu können. Denn daß die jetzt laufenden Verträge fristlos auf Grund des § 626 des BGB. aufgelöst werden können und müssen, sei fraglos. Wenn die Aerzte in Berlin geschlossen zusammenstehen, werde der Ruf aus Berlin im ganzen Reiche ein gewaltiges Echo finden und zu einem guten Ende führen.

In der Diskussion bemerkte Dr. Zadek namens des Sozialistischen Aerztevereins, daß jede Erweiterung der Versicherungspflicht einen Fortschritt in der Hygiene bedeute, er forderte aber entschieden eine ausreichende Bezahlung der Aerzte.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der unter anderem gesagt wird:

Die Groß-Berliner Aerzteschaft erhebt allerschärfsten Einspruch dagegen, daß die erneute Heraufsetzung der Einkommensgrenze für die staatliche Krankenversicherung selbst im Zeitalter der Berufs- und Betriebsräte ohne Mitwirkung der ärztlichen Organisationen und ohne Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Aerzte und des ärztlichen Berufes vorgenommen worden ist.

Die Aerzteschaft verschließt sich nicht der Berechtigung einer Anpassung der Versicherungsgrenze an den veränderten Geldwert; sie hält aber an Stelle der Festlegung einer starren Grenze in Höhe von 20 000 M. eine wesentlich geringere Heraufsetzung derselben mit zeitweiligen Zuschlägen, entsprechend den gleitenden Teuerungszulagen, für zweckmäßiger und gerechter.

Die Grundlage für die Bemessung des Honorars bei den bisherigen Berliner Kassenarztverträgen bildete die Beschränkung der Krankenkassen in der Erhebung ihrer Beiträge. Durch die Beseitigung der Höchstgrenze des Grundlohnes wird den Krankenkassen jetzt die Möglichkeit der vollen Erfassung des Arbeitseinkommens ihrer Mitglieder gegeben. Hierdurch, in Verbindung mit der außerordentlichen Entwertung des Geldes, sind die Grundlagen der bisherigen Verträge und damit diese selbst hinfällig.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Groß-Berliner Aerztebundes, in Verbindung mit dem Zentralverband der Kassenärzte und etwaigen anderen ärztlichen Organisationen alle geeigneten Schritte zu tun, um diesen Forderungen — nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln — Geltung zu verschaffen, oder aber den Kassen gegenüber die Vertragssperre zu erklären.

# Groß-Berlin

## Das Sicherheitsmonokel.

Kennt ihr ein Monokel? Es ist ein Spielzeug, wenn's Primaner tragen, und beim wilhelminischen Leutnant zeugt es von maiengrüner Eitelkeit. Herrisch aber und herausfordernd wirkt es, wenn es die Sicherheitswehr trägt!

Die Sicherheitswehr ist das Auge des Gesetzes. Ueberwachen und verfolgen mit unerbittlicher Strenge soll es das Verbrechen, den friedlichen Bürger aber soll es schützen und leiten, soll ihm ein Pol der Ruhe sein, der Sicherheit in aufgeregten Zeiten. Kann es das, wenn es sich künstlich vergrößert und vergröbert, wenn es sich übernatürlich sperrt durch Einklemmen eines feudalen Monokels?

Was ist hier das Einglas? Dem Verbrecher, dem Schieber ein Kinderschreck, ein Aergernis aber dem zivilen Bürger. Mag sich der betreffende Offizier außer Dienst befunden haben, als ich ihn sichtete, — acht Tage nach Lüttwitz' Abgang — am Brandenburger Tor auf der vorderen Plattform einer durch den hellen Nachmittag gondelnden Straßenbahn. Mag ihm der Arzt ein Monokel verschrieben haben, richtiger scheint's, er trägt das Ding nicht über der Uniform!

Denn, nüchtern blicke das Auge des Gesetzes, kalt und parteilos. — Ein Monokel aber ist für das Volk noch immer das Sinnbild der Ueberhebung, der Herausforderung, und zwar von seiten einer Kaste, die es immer wieder ins Elend zu stürzen versucht!

M.

## Schieber und Hehler.

Der Wucherabteilung der Berliner Kriminalpolizei gelang es, große Zigarettenschiebungen aufzudecken, bei denen ein Hotelwirt als Hehler eine wichtige Rolle spielte. Die Wucherabteilung erfuhr, daß Schieber aus dem besetzten rheinischen Gebiet große Posten Zigaretten nach Berlin brachten, ohne die Großhandelserlaubnis zu besitzen, und in einem Hotel der Friedrichstadt abstiegen. Bei einer Durchsuchung des Zimmers, das dort zwei Kaufleute Goldschmidt und Kownator aus Köln bewohnten, fand die Kriminalpolizei nur 10 000 Zigaretten. Diese geringe Menge veranlaßte die Beamten, ihre Aufmerksamkeit auch auf die benachbarten Zimmer zu richten. Der Hotelwirt öffnete auf ihr Verlangen auch einige dieser Zimmer, weigerte sich aber hartnäckig, ein bestimmtes ebenfalls aufzuschließen. Die Vermutung des Kommissars, daß das Zimmer einen größeren Posten Schleichhandelsware berge, bestätigte sich in vollem Umfange. Die Beamten fanden in diesem Zimmer noch 200000 Zigaretten, die sie beschlagnahmten. Die Zimmerinhaber erklärten, diese Ware gehöre nicht ihnen, sondern einem Kaufmann Moritz Goldschmidt, der sich in Köln aufhalten, aber im Begriffe stehe, nach Berlin zu kommen. Goldschmidt kam auch am nächsten Tage auf dem Bahnhof Friedrichstraße an und wurde von den Beamten der Wucherabteilung in Empfang genommen. Nach eingehendem Verhör wurden alle drei wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Strafverfahren wegen Schleich- und Kettenhandels wurde eingeleitet, gegen den Hotelwirt auch ein Verfahren wegen Begünstigung.

## Die endgültige Festsetzung der Höchstmieten.

Ueber die Festsetzung der Höchstmieten für den Bereich des Wohnungsverbandes Groß-Berlin durch den vom Bezirksausschuß Potsdam gewählten Sachverständigenausschuß herrscht in weiten Kreisen sowohl der Vermieter wie der Mieter die größte Unklarheit. Demgegenüber sei auf folgendes hingewiesen: Die Frage wird in § 4 der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919 betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen (G.S.S. 187) geregelt. Nachdem der Oberpräsident als Kommunalaufsichtsbehörde gegen den Beschluß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin über die Höchstmieten erneut Einspruch erhoben hatte, hat gemäß der ministeriellen Anordnung, die die Landesversammlung für rechtsgültig erklärt hat, ein aus dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses als Vorsitzenden und außerdem aus 10 Personen zur Hälfte aus Hausbesitzern, zur Hälfte aus Mietern, bestehender, vom Bezirksausschuß gewählter, mit den Verhältnissen der Gemeinden vertrauter Sachverständigenausschuß die Höchstgrenze endgültig festgesetzt. Ein Einspruchsrecht und Verwaltungsstreitverfahren gegen diesen endgültigen Beschluß ist nicht gegeben. Gegen die früheren Beschlüsse des Wohnungsverbandes konnte ein Einspruch auch nur vom Oberpräsidenten eingelegt werden. Der Beschluß des Sachverständigenausschusses beim Bezirksausschuß Potsdam ist rechtsgültig zustandegekommen und wird wahrscheinlich in der nächsten Woche mit Wirkung vom 1. April ab amtlich veröffentlicht werden.

Zur endgültigen Verabschiedung der neuen Verordnung über die Höchstmieten wird der Verbandsausschuß des Wohnungsverbandes am Mittwoch, 14. d. M., im Berliner Rathause zusammentreten.

## Die Kohlen der Kranken und Gebrechlichen.

Ein Kriegsbeschädigter, dem ein Bein amputiert worden ist, klagt uns, daß er keine Kohlen erhält. Infolge seiner Gebrechlichkeit kann er nicht selber die Kohlen heranschleppen, sondern muß warten, bis der Händler sie ihm ins Haus bringt. Der Händler, der im Winter schlecht beliefert wurde, erhielt die letzte Kohlenlieferung im Januar; aber schon damals ging der Kriegsbeschädigte leer aus. Im Jahre 1920 hat sein Händler ihm noch nicht eine einzige Kohle geliefert. Mit den bereits für ungültig erklärten Abschnitten hilft der Kriegsbeschädigte nun gänzlich aus, und auf die folgenden Abschnitte kann er Kohlen nur mit Schaden nachkaufen, weil inzwischen der Preis wieder gestiegen ist. Ihm und allen anderen Gebrechlichen und Kranken, die nicht selber ihre Feuerung holen können, empfehlen wir, sich unter schriftlicher Darlegung ihrer Verhältnisse an die Kohlenstelle Groß-Berlin (Berlin, Linkstr. 25) zu wenden. Von ihr wird dann der Händler ausdrücklich angewiesen, solchen Kunden die Kohlen ins Haus zu tragen, natürlich gegen die dem Händler zu zahlende Vergütung in vorgeschriebener Höhe. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß Kohlenkunden, deren Händler nicht beliefert wird, dies der Kohlenstelle melden sollen, was übrigens auch die Pflicht des Händlers ist. Dort wird Zeitpunkt und Menge der letzten dem Händler zugegangenen Lieferung ermittelt und nötigenfalls für Abhilfe gesorgt, soweit das möglich ist.

## Kommunalisierung des Berliner Adreßbuches?

Der Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin, hat beschlossen, seine Abteilung Berliner Adreßbuch mit dem 1. Mai 1920 aufzulösen. Die freigewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten, der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und der Zentralverband der Angestellten haben nun an Magistrat und Stadtverordnete Berlins die dringende Aufforderung gerichtet, die sofortige Ueberführung des Berliner Adreßbuchs in kommunale Verwaltung unter Uebernahme des geschulten Personals herbeizuführen.

**„Königlich"** nennt sich auch noch der „Deutsche Reichs- und Preußische Staats-Anzeiger" auf Briefumschlägen, die er benutzt. Es läßt sich verstehen, daß bei der Papiernot, die aus der vornovemberlichen Zeit übernommen, noch mit dem Aufdruck „Deutscher Reichs- u. Kgl. Pr. Staatsanzeiger" geschmückten Umschläge nicht unbenutzt vernichtet werden. Dann soll man sich aber die Mühe machen, den Zusatz „Kgl." zu durchstreichen. Daß der Reichs- und Staatsanzeiger auf Briefumschlägen — mit oder ohne Absicht — für die Monarchie demonstriert, ist ein Skandal.

**Ueberfluß an Spargel.** Die feuchte und zum Teil warme Witterung hat eine große Spargelernte hervorgerufen. Die Werderschen Bauern sind direkt überrascht worden und können ihn so, da er in Massen auftritt, nicht mehr als Rarität verwuchern. Guter Spargel mußte deswegen in Potsdam für 2 M. verkauft werden. — Immer noch teuer genug, wenn tatsächlich ein solcher Ueberfluß, der sich in Berlin leider noch nicht bemerkbar macht, vorhanden ist.

**Treptow-Sternwarte.** Sonntag, den 11. April, 3 Uhr: „Aus Großstadtmauern in den Schwarzwald", 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal", 7 Uhr: „Im Lande der Schwarzen"; Dienstag, den 13. April, 7 Uhr: „Unser Planetensystem", Vortr. m. Lichtb. vom Dir. Dr. Archenhold; Sonnabend, den 17. April, 5 Uhr: „Europäische u. exotische Jagden".

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 9. April:

**Gesangverein der S. P. D.** Die Uebungsstunde findet heute abend in der Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 27, statt.

**Berzau.** 7½ Uhr: Mitgliederversammlung b. Rothwald.

### Morgen, 10. April:

**Neukölln.** Für die vom Republikanischen Führerbund geübte Freischar wichtige Besprechung 7 Uhr im Deutschen Wirtshaus, Bergstr. 136, Portal 8, rechts.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Zentralverband der Arbeitsinvaliden.** Bezirk Norden. Sonntag vormittags ½10 Uhr in der Aula Eberswalder Str. 10: Mitglieder-Versammlung. - **Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin.** Sonntag früh 8 Uhr: Strausberg, Hungriger Wolf. Nachm. 1 Uhr: Schönerlinde, Wann. Start: Mariannenplatz.

# Wirtschaft

### Aufgelöste Kriegsgesellschaften.

Mit den noch bestehenden Kriegsgesellschaften wird seit längerer Zeit energisch aufgeräumt, soweit ihre Fortdauer nicht mit Rücksicht auf die zurzeit noch nicht völlig entbehrliche Zwangsbewirtschaftung notwendig ist. Eine große Anzahl von ihnen ist bereits zur Liquidation gebracht. Bei einem Teil dieser Gesellschaften ist die Liquidation inzwischen soweit vorgeschritten, daß nur noch Abrechnungsarbeiten in Frage kommen. Die Dienstaufsicht über diese Gesellschaften ist infolgedessen, da sie keinerlei bewirtschaftende Tätigkeit mehr ausüben, vom Reichswirtschaftsministerium auf das Reichsschatzministerium übergegangen. Es handelt sich um folgende Gesellschaften:

1. Reichsgerstengesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
2. Reichshülsenfruchtgesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
3. Hafereinkaufsgesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
4. Tabakverwertungsgesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
5. Deutsche Rohhaut-A.-G. in Liqu., Berlin,
6. Ersatzsohlen-Gesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
7. Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H. in Liqu., Berlin,
8. Reichsholzverteilungsstelle für Fußbekleidung, Eingetragene Genossenschaft m. b. H. in Liqu., München,
9. Reichsstelle für Papierholz G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
10. Papierholzbeschaffungsstelle G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
11. Kriegsausschuß für Rohpappen- und Dachpappenindustrie G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
12. Kriegsausgleichsstelle für Dachpappenteer G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
13. Kautschukabrechnungsstelle in Berlin,
14. Reichssackstelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
15. Kammwoll-Aktiengesellschaft in Liqu., Berlin,
16. Hanflieferungs-G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
17. Bastfasereinkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin,
18. Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung G. m. b. H. in Liqu., Berlin,
19. Reichstextil-Aktiengesellschaft in Liqu. als Geschäftsabteilung der Reichsfaserstelle.

### Was die Ukraine liefern kann.

In der Ukraine sind augenblicklich große Getreideüberschüsse aus den guten Erntejahren 1917—1919 vorhanden und zwar in einer Höhe von mindestens 10 Millionen Tonnen Getreide aller Art, die für die Ausfuhr in erster Linie in Frage kommen.

Ferner kann aber die Ukraine jährlich mindestens 300 000 bis 600 000 Tonnen Feinzucker und Raffinadezucker erster Qualität ausführen, eine Million Liter destillierten Alkohols, des weiteren Tabak, Hopfen, hochwertigen Zuckerrübensamen, Flachs, Hanf, Schmieröl, Häute, Eier, Geflügel, Hornvieh usw.

Des weiteren könnte die Ukraine in der nächsten Zeit an Westeuropa etwa 100 000 Tonnen wertvoller Manganerze (über Nikolajew) liefern, etwa 500 000 Tonnen hochprozentiger Eisenerze (über Cherson und Nikolajew), Salz, Holz, Steinkohle (etwa 6 bis 10 Millionen Tonnen), Koks (etwa 500 000 Tonnen), Benzol, etwa 75 000 Tonnen Steinkohlenteer jährlich.

Die Ukraine birgt noch eine Menge anderer Reichtümer, zu deren Ausbeutung bisher entweder noch gar nicht geschritten worden ist (Graphit, Naphtha, Asphalt, Glimmer, Brom, Jod, Bernstein) oder deren Gewinnung und Verwertung noch überaus schwach entwickelt ist (Phosphorit, Mergel, Ton u. dergl.)

**Hirsch, Kupfer- und Messingwerke.** Von den Unternehmungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, haben im Geschäftsjahr 1919 die Neuen Berliner Messingwerke Wilh. Borchert jun. G. m. b. H. befriedigend gearbeitet; die Donau-Ziegelwerk Aktiengesellschaft beginnt Gewinne abzuwerfen. Die Fritz Neumeyer Aktiengesellschaft hat während des Jahres 1919 von der Fried. Krupp Aktiengesellschaft die Bayerischen Geschützwerke Fried. Krupp Kommanditgesellschaft zu München in Liqu. erworben. Für 4 Millionen Mark des Kaufpreises haben die Hirsch Kupfer- und Messingwerke die Bürgschaft übernommen. Das Resultat der übrigen Beteiligungen entsprach im großen und ganzen den Erwartungen. Diese kapitalistischen Verknüpfungen sind beachtenswert.

**Tabakverteilung.** Wie die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 m. b. H. in Bremen mitteilt, wird am Dienstag, den 13. April 1920, eine Verteilung von 11 560 Kolli Domingos, bestehend aus 419 Kolli Umblatt, 11 141 Kolli Einlage, stattfinden. Besichtigung der Proben Kaufhaus in Bremen, in Mannheim bei der Detag, in Hamburg bei Baarck u. Bendt.

**Neuer Rückgang der ausländischen Wechselkurse.** An der Börse erfuhren die Kurse für fremde Devisen einen neuen, und zwar noch erheblicheren Rückgang als an den Vortagen. Zur Begründung für die in der letzten Zeit eingetretene weitere kräftige Besserung der Markvaluta wird darauf hingewiesen, daß einmal während der Zeit des Generalstreiks von den deutschen Importeuren keine Käufe im Auslande abgeschlossen worden sind und daß auch weiterhin die Einkaufstätigkeit sowohl für ausländische Rohstoffe aller Art als auch für Fertigwaren stockte, da die inländischen Wiederverkäufer im Hinblick auf die weichende Tendenz der Devisenkurse große Zurückhaltung im Einkauf zeigen. Dadurch sei die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln erheblich zurückgegangen.

# Gewerkschaftsbewegung

### Die Holzarbeiter-Funktionäre und der Generalstreik.

Am Donnerstag sprach sich eine Sitzung der Funktionäre des Holzarbeiterverbandes über den Generalstreik aus. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Siegele sagte, die Haltung der Ortsverwaltung im Streik sei in den Reihen der Kollegen angegriffen worden. Deshalb habe sich diese Aussprache nötig gemacht. Die Fehler, die beim Generalstreik gemacht worden seien, sollen rückhaltlos besprochen werden. Der Redner schilderte sehr eingehend den Gang der Verhandlungen, die während der Putschtage von den Gewerkschafts- und Parteivertretern geführt worden sind. Er rechtfertigte die Aufhebung des Generalstreiks, nachdem der Abbruch vom Gewerkschaftsbund beschlossen war und die Berliner Gewerkschaftskommission sich dem angeschlossen hatte. Damit habe die bis dahin einheitlich gewesene Führung des Streiks durch die Zentralstreikleitung für Groß-Berlin aufgehört, denn nun sei der Streik fortgesetzt worden von dem Teil der Zentralstreikleitung, der nach dem Ausscheiden der Vertreter der Gewerkschaftskommission noch übrig geblieben war. Das sei ein großer Fehler gewesen, denn nun sollte der Generalstreik

**lediglich zum Zweck der Wahl von revolutionären Betriebsräten fortgesetzt werden.**

Damit habe sich die Betriebsrätezentrale wieder eine Plattform schaffen wollen. Wenn die Wahl von Betriebsräten einen Wert haben solle, dann müsse die gesamte Arbeiterschaft die Möglichkeit haben, sich an der Wahl zu beteiligen. Das sei aber zu jener Zeit nicht der Fall gewesen. Die Betriebsrätezentrale könne schon seit Monaten nicht mehr sagen, daß sie eine rechtmäßig eingesetzte Instanz der Arbeiter sei.

**Niemand wisse, von wem sie ein Mandat habe.**

Sie habe sich selbst eingesetzt. Die Betriebsrätezentrale habe kein Recht gehabt, nach Essen zu telegraphieren, die Arbeiter Berlins stehen kampfbereit. Der Redner verwahrt sich gegen die Annahme, daß er den Rätegedanken nicht mehr vertrete. Er stehe nach wie vor auf dem Boden des Rätesystems, aber die Betriebsräte müßten mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. So große Kämpfe wie der verflossene Generalstreik könnten nicht von den Gewerkschaften allein geführt werden. Dabei müßten die Betriebsräte und die Parteien mitwirken. Die einheitliche geschlossene Front der Arbeiter sei notwendig für die Führung derartiger Kämpfe, sie ist auch die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Dem Referat folgte eine rege Aussprache, die mit anerkennenswerter Sachlichkeit geführt wurde. Alle Redner drückten ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß der Generalstreik kein anderes Ergebnis gebracht habe als die Wiederkehr einer, wenn auch anders zusammengesetzten Koalitionsregierung. Von einer weiteren Fortsetzung des Generalstreiks — meinten verschiedene Redner — hätte man weitergehende Erfolge in der Richtung der Ziele der klassenbewußten Arbeiterschaft erwarten können. Da die Ortsverwaltung die Situation nicht richtig erkannt habe, werde sie kritisiert. Ein Redner verlangte sogar, sie müsse deswegen durch eine neue Verwaltung ersetzt werden. Die Redner vertraten fast alle den Rätegedanken und betonten, die Frage des Streikabbruchs hätte nicht von den Instanzen, sondern von den Massen der Arbeiter entschieden werden müssen. Die Betriebsrätezentrale habe ihr Mandat von den Arbeitern in den Betrieben, sie sei also berechtigt, als Vertreterin der Arbeiter mitzubestimmen.

Siegele bemerkte im Schlußwort, in der Diskussion hätten nur Verwaltungsmitglieder gesprochen und Kritik geübt an den Verwaltungsbeschlüssen. Solche Kritik könne nicht als maßgebend angesehen werden. Da sich keiner von den Funktionären an der Aussprache beteiligt habe, so dürfe wohl angenommen werden, daß die Funktionäre, die Vertreter der Kollegen, mit der Haltung der Ortsverwaltung einverstanden seien.

### Zur Frage der Halbtagsarbeit der Frauen.

Von der Genossin Gertrud Hanna erhalten wir folgende Zuschrift: Der Aufsatz „Die Halbtagsarbeit der Frauen" in Nr. 176 des „Vorwärts" veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften bereits grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen haben. Dem Arbeitsausschuß für Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge wurde im Jahre 1917 vom Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission folgendes Gutachten übermittelt, daß die Zustimmung einer Vorständekonferenz gefunden hat:

„Der Einführung von Halbtagsschichten für verheiratete Frauen stehen die Gewerkschaften grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Den Frauen, die Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben und nur hinzuverdienen wollen und können, kann die Beschäftigung in Halbtagsschichten bessere Gelegenheit zu Verdienst und mehr freie Zeit für die Besorgung der häuslichen Arbeiten und Verpflegung der Kinder geben, als Heimarbeit.

Die Arbeitszeit für diese Halbtagsschichten darf aber nicht mehr als die Hälfte der in den Berufen oder Betrieben üblichen Arbeitszeit betragen und muß innerhalb dieser Arbeitszeit liegen. Die in ganzen Schichten arbeitenden Männer und Frauen dürfen dadurch nicht um die festgelegten Pausen kommen. Gegen Halbtagsschichten, die den Arbeitstag verlängern oder die Pausen stören, müßten sich die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen wenden.

Selbst wenn die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Einführung von Halbtagsschichten erschwert werden würde, dürfte dies kein Grund sein, sie nicht einzuführen. Vermehrung der Zahl von Beamten und Heranziehung von Kontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen könnte dem Uebelstand begegnen und die Wirksamkeit der Gewerbeaufsicht fördern.

Ein größeres Hindernis für die Einführung von Halbtagsschichten sind die Unternehmer, die jetzt schon unter Hinweis auf die größeren sozialen Lasten für Versicherungsbeiträge usw. und größere Betriebskosten die Einführung von Achtstundenschichten in Betrieben mit ständiger Tag- und Nachtarbeit ablehnen.

Halbtagsschichten würden einer größeren Anzahl verheirateter Arbeiterinnen und Kriegerwitwen, die hinzuverdienen müssen und Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben, passende Gelegenheit hierzu geben und sie von der Uebernahme von Heimarbeit abhalten, die einmal gar nicht imstande ist, allen Frauen Erwerb zu geben und deren Ausdehnung aus den bekannten Gründen auch nicht zu wünschen ist."

### Die Lohnbewegung bei den Wach- und Schließgesellschaften

Nachdem die Versammlung der Wach- und Schließangestellten vor einer Woche die Lohnvereinbarungen abgelehnt hatte, haben neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden. Es ist aber — wie Leube am Freitagvormittag in einer stark besuchten Versammlung berichtete — nicht gelungen, eine weitere Lohnerhöhung zu erreichen. Die Unternehmer lehnten weitere Zugeständnisse mit großer Entschiedenheit ab, alle Gegenäußerungen der Organisationsvertreter blieben erfolglos, die Verhandlungen wurden abgebrochen. Um die Meinung der Angestellten einwandfrei festzustellen, hat die Organisationsleitung eine Urabstimmung in den Betrieben vornehmen lassen. Dieselbe ergab 564 Stimmen für den Streik und 877 Stimmen für Annahme der Vereinbarung. Damit ist, wie Leube betonte, der Streik abgelehnt und die Vereinbarung ist von den Kollegen mit großer Mehrheit anerkannt. Wenn die Vereinbarung auch nicht alle Forderungen erfüllt, so bedeutet sie doch einen erheblichen Schritt vorwärts, namentlich für diejenigen, die bisher wesentlich niedrigere Löhne gehabt haben. Im Jahre 1914 habe die Berliner Wach- und Schließgesellschaft Monatslöhne von 75 M. gezahlt. Demgegenüber sei doch der jetzt bewilligte Lohn von 400 M. eine verhältnismäßig erhebliche Steigerung. Gewiß könne nicht bestritten werden, daß ein Monatslohn von 400 M. unter den heutigen Verhältnissen nicht ausreiche. Es werde gelingen, bei der nächsten Gelegenheit mehr zu erreichen, wenn der Organisationsgedanke, der bei dem Wach- und Schließpersonal früher sehr vernachlässigt worden sei, weitere Verbreitung finde.

### Einigung im Versicherungsgewerbe.

Unter obiger Ueberschrift berichteten wir am 2. April über den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten. Letzterer ersucht uns um die Feststellung, daß der Tarifvertrag nicht mit ihm, sondern mit dem Gewerkschaftsbund Kaufmännischer Angestelltenverbände abgeschlossen worden sei.

**Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände** hatte am Donnerstag vier öffentliche Versammlungen einberufen, um über die politische Lage zu berichten. In der Versammlung im „Luckauer Hof" wies der Referent Reeder auf die erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften während der Kapp-Episode hin. Zunächst betonte er, daß es lediglich den Gewerkschaften zu danken sei, wenn Deutschland vor dem Untergang bewahrt wäre. Die Gewerkschaften wären sich durch die Erklärung des Generalstreiks wohl bewußt gewesen, daß damit ein Kampf um Tod und Leben beginne, was auch der Schießerlaß des Abenteurers Kapp bewiesen habe. Daß nun durch den Kapp-Putsch die Gewerkschaften ein starkes politisches Mitbestimmungsrecht erlangt haben, sei natürlich. Die Hauptkraft der Gewerkschaften liegt darin, daß sie mit allen Mitteln versuchen müssen, ihre berechtigten Forderungen durchzuführen. Es sei sehr bedauerlich, daß man mit den reaktionären Beamten und Offizieren noch nicht strenger verfahren ist. Das Vergehen der Reichswehrtruppen veranlaßt den Gewerkschaftsbund, die Regierung erneut auf seine Forderungen hinzuweisen. Die Gewerkschaftskommission protestiere gegen den unter Schwarz-Gold-Rot errichteten weißen Schrecken im Ruhrgebiet. Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung an das deutsche Proletariat, auch weiter wach zu bleiben bis zum endgültigen Sieg.

# Aus aller Welt.

**Eine Fabrik abgebrannt.** Ein Teil der Arnsdorfer Papierfabrik im Riesengebirge ist niedergebrannt. Der Schaden beträgt eine Million Mark. Die Fabrik war zum größten Teil stillgelegt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.


**Krause Pianos**
Großes Lager in allen Holzarten
Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

**Metallankaufsstelle Osten**
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

**Elektro-Motore**
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

**Metallbetten**
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 83/15

**30 Jahre lang**
treue Kunden u. tausende Anerkennungen höchster Zufriedenh. sind d. beste Zeugn. für meine gar. unschädliche
**Alcolor-Haarfarbe**
echt u. natürl. färbend. In all. Farbtönen erh. Fl. 5.—, 8.—, 12.— M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Schönes und reines Gesicht**
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwinden bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
**C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.**
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-5, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Den Neudruck der **Inauguraladresse** v. Karl Marx erhält jeder Abonnent der „Aktion" gratis! Die „Aktion" kostet für Arbeiter viertelj. nur 5 M. (statt 9 M.). Zu beziehen durch den Verlag „Die Aktion", Berlin-Wilmersdorf. Probeh. umsonst.

**Kunstklapsenei** Große Frankfurter Straße 67. 68S*

## Verkäufe

**Bandilk,** nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülfen, Stralik, Thomasiusstraße 11, Fernsprecher Stralik 2294.

**Anzüge** und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen. Zentral-Leihhaus, Jägerstraße 71. 1667D*

**Bessere Anzüge** spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Busk, Wilhelmstraße vierzig-A, Kochstraßenecke. *

**Jackettanzüge,** Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105.

**Gardinenverkauf.** Fenster 50 Mark. Tülldeckbetten, Stores, Divandecken, Bettwäsche. Leihhaus Admiralstraße 4 I.

**Kreuzfüchse,** Blaufuchse, Rotfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe.

**Covercoat,** Cover-Ulster und ... Jackettanzug verkauft Buchholz, Dresdenerstraße 106 II. *

**Dezimalwagen,** Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat, Wagner, Cöpenickerstraße 71.

## Geschäftsverkäufe

**Restaurationslokal** mit Dreizimmer-Wohnung sofort zu verkaufen. Röcker, Berlin-Karlshorst, Mühlstraße 8a.

## Möbel

**Polstermöbel,** vorzügliche Verarbeitung, prima Ledermöbel preiswert abzugeben. Besichtigung 8—12, 2—5. Müller u. Müller, Wilhelmstraße 131, Aufgang A, 2 Tr.

2 zweischläfrige Bettstellen mit neuen dreiteiligen Matratzen sind umzugshalber billig zu verkaufen. Gembus, Mariendorf, Kaiserstraße 1. 1137b

**Möbel gegen bar und Teilzahlung** in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Cohn, Müllerstraße 7, eine Treppe, direkt am Weddingplatz.

**Möbel - Möbel,** Oranienstraße 58 (Moritzplatz), Fabrikgebäude. Große Auswahl in übersichtlich aufgestellten Nußbaum-Einrichtungen, weißlackierten und eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchenmöbeln, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbeln zu soliden Preisen. Besichtigung erbeten. 121K*

**Möbel-Groß,** Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 3. Auf bar und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stuben-einrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 123K*

**Jägern** ist nachteilig. Stubeneinrichtung mit Sofa und Küche nach für 1995, 2602, 3210 Mark. Gediegene Schlafzimmer 1210, 3716, 6015 Mark. Möbelschatz, Brunnenstraße 197, Eingang Anklamerstraße. 123/16*

**Chaiselongues,** 135—400. Metallbetten 160—2000, große Schlafzimmer, Kleiderschränke, Weiße, Augustusstr. 32a, Oberschöneweide.

## Musikinstrumente

**Pianos,** Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. *

**Pianos,** besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 42K*

**Einzelspiele Mandolinen,** Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 30.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 186. 156B

**Sterling-Pianos,** neue, auch erstklassige, vorteilhafte Gelegenheiten, Kottbuserstr. 5. 158L*

**Kahenstein,** Pianos, Flügel, Sprechapparate, große Auswahl, Münzstraße 13. *

**Pianos,** Harmoniums, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Preise. Kellner, Landsbergerstraße 31. 1590D*

## Kaufgesuche

**Kupfer!** Messing! Zinn! Stanniol! Sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall - Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Hennstraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Pfeilerstraße 79. 162B

**Pianos, Flügel** oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schwabitschneider, Buckowerstraße 14 III. 131K*

**Metallschmelze** Marianenstraße 7a (am Heinrichsplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/19*

**Magnete,** Varanler, Anzugen, Treibriemen, sämtl. Autozubehör kauft Gerber, Cuxerstraße 48. 161K*

**Schnellaufbohrer** 350 Proz. Spiralbohrer, Schmirgelscheiben kauft Schäfer, Lichtenberg, Marienbergstraße 12. 1R0*

**Platinabfälle!** Zahngebisse! Zahn bis M. 75,—! Goldsachen! Silbersachen! salpetersaures Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Weißmetall! Stanniolpapier! Zink! Blei! Glühstrumpfasche M. 100.—, höchstzahlend! Edelmetall - Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alexander 4248). 146R

**Silberschmelze Christionat,** Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

**Kupfer!** Messing! Zinn! Stanniol! Sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall - Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichplatz 1678

**Schellack,** Leim, Terpentin, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Bornwall, Gneisenaustraße 5. Rollendorf 2078. *

**Höchstzahlend** Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkontor, Brüderstraße 30a. 163K*

**Damenradgesuch,** Herrenradgesuch, Motorradgesuch. Preisangabe oder vorführen. Kämmerer, Große Frankfurterstraße 14. 130K*

**Schnellaufbohrer,** neue, bis 300 Prozent und mehr kauft laufend Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstraße 18, Alexander 1269. *

**Spiralbohrer** mit höchstem Aufschlag kauft Beck, Lübecker Straße 33. *

**Spiralbohrer** mit höchstem Aufschlag kauft Beck, Luisenufer 18. *

## Unterricht

**Kaufmännische** Privatschule Paul Kowalski, Köpenickerstraße 140, am Schlesischen Bahnhof. Handelskurse deutsche und polnische Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schönschreiben, Brieflehre, Rechnen, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung. Tages-, Abendkurse. 71K*

**Englischen** Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienin, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 8, Gartenhaus IV.

## Verschiedenes

**Detektive** Damm, Zunahlenstraße 33. Norden 7213. Auskünfte, Ermittelungen, Beobachtungen, Beweismaterial. Verbrechen Aufklärung.

**Nebenverdienst** bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 220. 106/17*

## Arbeitsmarkt

**Bureauburschen,** 14—15jährig, sucht „Union" Baugesellschaft a. A., Berlin, Markgrafenstraße 76. 156D

**Plätterinnen** auf Klappkragen und Manschetten bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung per sofort gesucht. Herrenwäschefabrik Felix Jablonski, Heiligegeiststraße 12. 152*